

Laibacher Zeitung.

N^o. 33.

Montag am 10. Februar

1851.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 fr., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 fr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbjährig 7 fl. 30 fr. — Insertionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 fr., für zweimalige 4 fr., für dreimalige 5 fr. C. M. Inserate bis 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 fr. für 2 Mal und 40 fr. für 1 Mal einzuschalten. Zu diesen Gebühren ist nach dem „provisorischen Gesetze vom 6. November l. J. für Insertionsstempel“ noch 10 fr. für eine jedwelmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Amtlicher Theil.

Am 13. d. M. wird das III. Stück, III. Jahrgang 1851, des Landesgesetz- und Regierungsblattes für Krain ausgegeben und versendet.

Laibach, den 8. Februar 1851.

Vom k. k. Redactionsbureau des Landesgesetzblattes für Krain.

K u n d m a c h u n g.

Die vom Patronate des krain. Religionsfondes abhängende und durch freie Resignation des Localcaplans Anton Schaffer in Erledigung gekommene Localie Grachovo ist dem Stadtpfarrcooperator in Idria, Anton Gertschar, verliehen worden.

Laibach, am 29. Jänner 1851.

Gustav Graf v. Chorinsky m. p.
Statthalter.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliebung vom 2. Februar d. J. dem Pfarrer von Schemnik, Joseph Schem, die Titularprobstei B. M. V. de Thuróc allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. Majestät haben mit allerhöchster Entschliebung vom 28. Jänner d. J. dem Lector am Großwardeiner griechisch-katholischen Domcapitel, Johann Pál, die erledigte Titularabtei Belae Fontis allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 31. Jänner 1851 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXVIII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes vom Jahre 1850, welches am 11. März 1850 vorläufig bloß in der deutschen Alineausgabe, dann in der böhmisch-deutschen Doppel-Ausgabe erschienen ist, in den übrigen acht Doppel-Ausgaben ausgegeben und versendet werden.

Dasselbe enthält unter

Nr. 81. Das kaiserliche Patent vom 7. März 1850 wodurch die von den vormals ständischen Obrikeiten in den Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien bisher ausgeübte berggerichtliche, berglehensämtliche und bergpolizeiliche Patrimonialverwaltung und die von diesen Obrikeiten aufgestellten Berggerichts-Substitutionen aufgehoben werden.

Heute den 6. Februar wird eben da das VII. Stück des allgem. Reichsgesetz- und Regierungsblattes vom Jahre 1851 und zwar sowohl in der deutschen Alineausgabe, als sämtlichen neun Doppelausgaben ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 24. Das kaiserliche Patent vom 25. December 1850, womit die im kaiserlichen Patente vom 2. December 1849 vorbehaltenen, nunmehr erfolgten Erweiterungen der Statuten des kaiserlichen Franz-Joseph-Ordens hinausgegeben werden.

Nr. 25. Die kaiserliche Verordnung vom 25. December 1850, womit die Statuten für das mit a. h. Entschliebung vom 16. Februar 1850 gegründete Civil-Verdienst-Kreuz hinausgegeben werden.

Nr. 26. Den Erlaß des Ministers des Cultus und Unterrichts vom 24. Jänner 1851, betreffend die

definitive Anstellung von Gymnasial-Directoren und deren Gehalte.

Nr. 27. Den Erlaß des Justizministeriums vom 30. Jänner 1851, wodurch die Nummern 24 und 25 des organischen Gesetzes für die Gerichtsstellen vom 28. Juni 1850 erläutert werden.

Gestern, den 5. Februar 1851 wurde das am 15. Jänner 1850 vorläufig bloß in der deutschen Alineausgabe und am 6. Mai 1850 in der böhmisch- und polnisch-deutschen, am 14. October 1850 in der slovenisch-deutschen und am 31. December 1850 in der italienisch-deutschen Doppel-Ausgabe erschienene VIII. Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes vom Jahre 1850 in der magyarisch-deutschen Doppel-Ausgabe ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter

Nr. 11. Das kaiserliche Patent vom 31. December 1849, wodurch die Landesverfassung für das Herzogthum Ober- und Niederschlesien sammt der dazu gehörigen Landtags-Wahlordnung erlassen und verkündet wird.

Wien, den 5. Februar 1851.

Vom k. k. Redactions-Bureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Zollfrage.

Laibach, 8. Februar.

— i — Der Zollcongreß hat eine schwere Aufgabe. Die Handelskammern verlangen von den Deputirten die höchste Verwahrung der industriellen Interessen, das heißt, den möglichst höchsten Einfuhrzoll; die Regierung verlangt aber von den Industriellen den Fortschritt der Industrie, und glaubt nur den Fortschritt dadurch zu erreichen, daß sie fremde Concurrenz zukommen läßt.

Im allgemeinen Interesse für Oesterreich muß man an die Seite der Regierung treten. Der Schmuggel besteht bei jedem Prohibitivsystem oder beim hohen Zolltarif in seiner größten Ausdehnung; dadurch verlieren ebenfalls die inländischen Fabriken, der redliche Handelsmann, und den Finanzen entgeht der Gewinn, der nur dem Schmuggler und dem unredlichen Handelsmanne zufließt. Daß das Publikum in ganz Oesterreich fremde Fabrikate um jeden Preis wünscht, und daß die inländischen Fabriken mit ihren Fabrikaten noch zurück sind, beweist eben der großartige Schmuggel, der überall getrieben wird. Oesterreich hat lange genug, ja zu lange, den Schutz der inländischen Industrie zugewendet; dieselbe wußte entweder nicht diesen großen Vortheil zu berücksichtigen, oder Oesterreichs Agricultur gibt eher noch einen sicheren und reelleren Vortheil als die Industrie. Ist dieses Letztere der Fall, so ist jetzt die Zeit, und sie war es auch immer, daß Oesterreich mit fremden Fabrikaten sich versieht, weil es richtig ist, daß man eher 34 Millionen Menschen für ihre Bedürfnisse, als 2 Millionen für eigenen Vortheil berücksichtigen muß. Es ist richtig, die inländische Industrie kann uns das nicht bieten, was uns das Ausland bietet; mit welchem Rechte können Einige fordern, man dürfe Dieses und Jenes für sein Geld, in guter Qualität, gegen mäßigen Zoll,

nicht vom Auslande beziehen, sondern man müsse das schlechtere Inländische nehmen? Warum kann aber die inländische Industrie bei uns noch nicht zur höheren Blüthe steigen? Die Antwort ist leicht. Der Grund und Boden ist bei uns noch zu billig, unsere Capitalien rentiren uns viel sicherer darin; es ist bequemer, unterliegt keiner Mode, keiner neuen Erfindung, ist dauernd und leicht verpachtet. Daher bis jetzt kein Kunstmittel noch half, unsere Industrie auf eine glänzende Höhe zu bringen. Jeder Capitalist zieht vor, 4 — 5 Perc. sichere Interessen vom Grund und Boden, als zu höhern Interessen sein Capital den schwankenden Fabriken anzuvertrauen. In England und der Schweiz trägt der Boden kaum 2 Perc.; wenn einmal in Oesterreich so große Capitalien sich anhäufen, daß man sich begnügen wird, mit 2 Perc. Rente Grund und Boden zu kaufen, dann wird die inländische Industrie sich heben; man wird gerne wagen, einen Theil des Capitals auf die Industrie zu werfen und höhere Renten zu erzielen. Ein mäßiger Zollsatz dürfte auch zum Fortschritt die inländische Industrie wenden; es werden dadurch alle ausländischen Fabrikate im Inlande bekannt, die zur Nachahmung anspornen, und wenn ausländische Fabrikate selbst gegen einen Zollsatz doch großen Absatz nach Oesterreich finden, so werden diese auch ihre Fabriken nach Oesterreich verlegen, um den Zollsatz zu ersparen, um sich größere Ausdehnung zu verschaffen.

Jedenfalls gibt es wieder in Oesterreich Fabriken, die niemals jenen Aufschwung erreichen können, als das Ausland, da die Natur nicht diese Begünstigungen gab, als wie z. B. Eisen. Dieses Fabrikat muß einen Zollsatz haben, der Englands Steinkohlen-Reichthum berücksichtigt.

Wenn man einen Zolltarif macht, so muß er mäßig seyn, weil sonst der Schmuggel nicht aufhört; der inländischen Industrie schadet aber eben so sehr der Schmuggel. Nur mit einem mäßigen Zolltarif können Oesterreichs Finanzen sich heben; die Zolleinnahmen sind in allen großen Staaten die wichtigsten. Der Zolltarif hebt den Handel mit tausenderlei Warensorten, der Handel aber ist die Seele des Wohlstandes und des Fortschrittes.

Laibach, 9. Februar.

— Dr. K. — Heute fand die feierliche Decoration des Corporalen Jamnig, und der Gensd'armen Seidenader und Wontschina vom 11. Gensd'armie-Regimente, die bei der Affaire in Weizelberg sich durch ihr muthvolles, unerschrockenes Benehmen bei der Ausführung ihrer Dienstpflicht ausgezeichnet hatten, Statt. Zur Verherrlichung der Festlichkeit rückten ein Bataillon des vaterländischen Regiments Prinz Hohenlohe, eine Division des Regiments Erzherzog Stephan, eine Escadron des Gensd'armie-Regiments Nr. 11, die Garnisons-Artillerie, die Böglinge des Militär-Erziehungshauses, und die brave Musikkapelle unserer Nationalgarde aus. Nach einer vom Hrn. Feldpater des Regiments Hohenlohe in der Kirche der W. W. F. Ursulinerinnen celebrirten Messe, welcher der Herr Statthalter Graf Chorinsky, der Herr Militärcomm. G. M. Gr. Deym, der Hr. Obrist und Commandant des Gensd'armie-Regiments Nr. 11, Herr Anton

Edler von Balenzhizh, Herr Hofrath Graf Hohenwart, der Landesgerichts-Präsident Herr von Pettegg, der Kreisrath Herr Ritter von Kreizberg, der Bezirkshauptm. Herr Glantschnig, nebst andern Civil- und Militär-Autoritäten bewohnten, bildete die anwesende Mannschaft auf dem Congressplatze ein Quarrée. Nachdem der Gensd'armie-Commando-Adjutant, Herr Lieut. Zenko, das bezügliche a. h. Decret verlesen, wurden die Genannten einzeln hervorgerufen, und der Militär-Commandant Herr Gm. Graf Deym hestete die ehrenden Auszeichnungen, und zwar dem Corporal Samnig das silberne Verdienstkreuz mit der Krone, dem Seidenader die silberne Tapferkeits-Medaille erster Classe und dem Wontschina das silberne Verdienstkreuz unter freundlichen Worten der Belohnung und Aufmunterung an die Brust, während jedesmal die Militärmannschaft das Gewehr präsentirte. Nach der Beendigung hielt der Herr Statthalter folgende Ansprache:

„Der Beruf der Gensd'armie ist ein ernster und wichtiger, und erheischt eben so viele Ruhe und Mäßigung, als dort, wo es gilt, Muth und Entschlossenheit.“

Daß Sie denselben mit wahrer Hingebung und Aufopferung zu erfüllen wissen, dafür gibt die That, für welche Sie so eben die Ihnen von Seiner Majestät unserem allergnädigsten Kaiser verliehene Auszeichnung aus den Händen unseres verehrten Herrn Generals empfangen haben, einen glänzenden Beleg.

Tragen Sie daher das Ehrenzeichen, welches nunmehr Ihre Brust schmückt, mit dem erhebenden Bewußtseyn streng erfüllter Pflicht und der Ihnen dafür zu Theil gewordenen kaiserlichen Gnade, und erblicken Sie und Ihre wackern Gefährten hierin fortan einen neuen mächtigen Sporn für Ihr ferneres ersprießliches Wirken zum allgemeinen Besten.

Bei diesem erfreulichen Anlasse fühle ich mich aber auch zugleich verpflichtet, Ihnen, verehrter Herr Oberst, für die unermüdete und erfolgreiche Thätigkeit des unter Ihrem Befehl stehenden Gensd'armie-Regiments zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit in diesem Kronlande meinen wärmsten Dank mit der Versicherung auszusprechen, daß sich mit demselben die allgemeine Stimme der lebhaftesten Anerkennung vereinigt.“

Hierauf wendete sich der Herr G. M. Graf Deym mit folgenden Worten an die Soldaten:

Soldaten!

Nehmt auch Ihr Euch ein Beispiel an diesen braven Kameraden, denen durch ihr entschlossenes Benehmen das Glück zu Theil wurde, die Zufriedenheit und Anerkennung Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers zu erlangen, welche zu verdienen uns Allen stets das eifrigste Bestreben seyn wird. Seht, wie unser gnädiger Kaiser jedes Verdienst zu belohnen weiß. Dieß legt uns die Pflicht auf, mit doppeltem Eifer und ganzer Hingebung ihm zu dienen. Unser vielgeliebter Kaiser sieht mit Stolz auf sein tapferes und treues Heer, welchem Er auch fest vertraut. Er kann es auch, denn die Stürme mögen kommen woher sie wollen, sie werden stets einen festen Damm finden, an der unerschütterlichen Treue Seiner Soldaten, welche alle mit gleicher Begeisterung rufen: „Unser vielgeliebter Kaiser lebe hoch!“

Ein dreifaches Begehoch dem allgeliebten Monarchen erschalle aus den Reihen der Krieger, und der trotz der ungünstigen Witterung sehr zahlreich versammelten Menge. Der Herr Gensd'armie-Commandant dankte hierauf in kurzen Worten dem Hrn. Statthalter und dem Hrn. Militär-Commandanten, sowie dem Hrn. Nationalgarde-Hauptmann Koschier für die Ehre, daß sie mit ihrer Gegenwart das Fest verherrlichten. Nun defilirte zwei Mal die ganze Mannschaft vor den Decorirten, die bei den oberwähnten Autoritäten in der Mitte sich befanden.

Möge dieser feierliche Tag ein Sporn in Ausübung treuer und gewissenhafter Dienstpflicht seyn!

Slavische Rundschau.

* **Zemberg.** Vom 19. Februar angefangen erscheint hier eine neue polnische Wochenschrift unter dem Titel: „Przyjaciół domowy“ (der Hausfreund), dessen Programm Folgendes zu liefern verspricht: Uebersicht der Weltereignisse; die Fortschritte der kath. Kirche; kirchliche Gebräuche alter und neuer Völker; Biographien berühmter Männer; geschichtliche Erinnerungen; einen historischen Kalender und hauswirthschaftliche Notizen. Der Preis dieser Wochenschrift ist halbjährig 1 fl. 50 kr. Als Redacteur wird Herr Hipolit Stupnicki genannt.

* Der Regierungs-Commissär, Herr Stephan Kapy, ist am 26. Jänner zu Zemplin (in Ungarn) eines plötzlichen Todes gestorben.

* Wie der „Gazet“ meldet, haben die Posener Deputirten der preussischen zweiten Kammer bei der Wahl des Präsidenten dem Abgeordneten Lensing aus dem Grunde ihre Stimmen gegeben, weil er unter allen zu Präsidenten vorgeschlagenen Deputirten der einzige Katholik war.

* Der in Posen erscheinende „Goniec“ bringt eine aus Paris datirte, mehrere Spalten ausfüllende Reclamation, worin die Politik des Fürsten v. Czartoryski in der polnischen Sache gegen mehrere in den Journalen erhobene Anschuldigungen zu vertheidigen gesucht wird. Die Rechtfertigung ist namentlich berechnet, das Benehmen des zum Islam übergetretenen Czartoryski'schen Agenten Czajkowski zu Constantinopel als ein gänzlich freiwilliges und durch den Fürsten durchaus nicht beeinflusstes darzustellen.

Oesterreich.

* **Wien.** 6. Februar. Von Mund zu Mund gehen die schönen und wohlwollenden Aeußerungen, womit Se. Durchlaucht der Herr Minister-Präsident die Deputation des hiesigen städtischen Gemeinderathes entließ, welche ihm die Dankadresse wegen Erhaltung des Friedens in Deutschland überreichte. Derselbe versicherte, das Ziel der österreichischen Politik sey nach Außen die Bewahrung des allgemeinen Rechtszustandes, die Sicherung des conservativen Princips. Wenn sich die Welt überzeugt haben werde, daß Oesterreich vor Allem uneigennützig zu Werke gehe, und Nichts zu einseitigem und ausschließendem Vortheile begehre, so werde es das Zutrauen des Auslandes zuverlässig erringen. Nach Innen sey es stets das Bestreben des Cabinets gewesen, Ordnung zu erhalten und angemessene Institutionen zu gewähren. Damit das große Werk der Neugestaltung Oesterreichs gelinge, sey es jedoch vornehmlich, daß die Regierung Vertrauen zu den Völkern, die Völker Vertrauen zu der Regierung hegen.

— Nach der neuen Organisation der Sanitäts-Verwaltung in Ungarn erhält dieses Kronland bei der Statthalterei eine beständige Medicinal-Commission ohne Gehalt; bei den Districts-Gespannschaften je einen Kreismedicinalrath mit einem Gehalte von 1500 fl. und einem Reisepauschale von 400 fl.; in den 45 Comitaten je einen Comitatsarzt mit einem Gehalte von 600 fl., 500 fl. und 400 fl., und einem Reisepauschale von 400 fl., 300 fl. 250 fl. und 200 fl. In jedem der 265 Stuhlbezirke des Landes wird ein Stuhlbezirksarzt mit einer Bestallung von 200 fl. und einem Reisepauschale von 100 fl., und eine Stuhlbezirkshebamme mit einer Bestallung von 80 fl. angestellt. Ferner erhält das Land 14 Thierärzte mit einer Bestallung von 300 fl. und einem Reisepauschale von 200 fl. Die Stellen der frühern zwei Landes-Augenärzte werden nicht wieder besetzt; dagegen werden in Zukunft alljährlich Prämien (vier in jedem District) im Gesamtbetrage von 4000 fl. an solche Aerzte vertheilt werden, welche sich über ihre ersprießlichen Leistungen im Gebiete der Augenheilkunde ausweisen.

— Wie man hört wird im Personalstand der Ministerialbeamten eine Reduction beabsichtigt.

— Der „D. Z. a. B.“ wird aus Wien geschrieben; daß Minister Graf Thun seine Entlassung

bereits eingereicht hat, und daß Freiherr v. Baumgartner zu seinem Nachfolger ernannt sey.

— Die ganze k. k. Armee, mit Ausnahme der italienischen und der in Deutschland operirenden Truppen, wird auf den Friedensfuß gesetzt. Die Offiziere, vom Hauptmann und Rittmeister abwärts, erhalten für den Ausfall der Kriegsgebühren eine bleibende monatliche Zulage von 4 fl. CM.

— Das hohe Handelsministerium hat den von der Prager Handelskammer präliminirten jährlichen Voranschlag des Ausgabenbudgets von 8000 fl. auf 6700 fl. reducirt. Dieser Betrag soll auf die Wahlberechtigten des Kammerbezirkes auf Grundlage der Erwerb- und Einkommensteuer umgelegt werden.

— Die meisten der größeren Tabak-Fabrikanten Pesth's und Ungarns überhaupt haben ihre Vorräthe bereits dem Aerar übergeben.

— Als ein Beispiel der in Pesth herrschenden Intoleranz meldet die „Pressb. Ztg.“, daß einem dortigen israelitischen Chirurgen, Inhaber einer Officin in der Leopoldstadt, dieser Tage untersagt wurde, christliche Subjecte in der Barbierstube zu halten.

— Einem Briefe aus Constantinopel zu Folge wird dort die Lebensgeschichte Bems in türkischer Sprache erscheinen.

— Einem Privatbriefe entnehmen wir, daß noch im Laufe dieses Monats in Hamburg ein Werk unter dem Titel: „Die Szekler Nation“ erscheinen wird.

— Am 4. Februar wurden abermals 20 der verurtheilten Maigefangenen unter starker Militärbedeckung auf der Eisenbahn von Prag nach Pardubitz transportirt.

— Aus Janow (Galizien) wird gemeldet: Vor einigen Tagen drang ein Wolf in einen Bauernhof ein und schickte sich an, über eine im Stalle befindliche Kuh herzufallen. Das Weib des Bauers trat aber dem Raubthiere muthig entgegen und erschlug es mit einer eisernen Schaufel.

Wien. Der „Lloyd“ schreibt unterm 5. d.: Morgen werden im Zollcongresse die wichtigen Debatten über die Zollsätze bei der Einfuhr von Baumwollenwaren beginnen. Sowohl Spinner wie Weber verlangen eine Erhöhung des Zolles, die letzteren unzweifelhaft mit vieler Berechtigung. Wir befeurworten gerne eine Erhöhung des Zollsatzes zu ihren Gunsten von 20 fl. auf 40 fl. Von den gegründeten Ansprüchen der Spinner auf eine Zollerhöhung halten wir uns nicht in gleichem Maße überzeugt. Die Erkundigungen, welche wir aus sehr guten Quellen eingezogen haben, bestärken uns in dem Glauben, daß die gröbere Gattung der Garne bis zu Nr. 40, aus welcher bekanntlich der bei Weitem größte Theil der im Lande consumirten Waren besteht, durch den Zoll von 6 fl. ausreichend geschützt ist. Anders verhält es sich mit den feineren Garnen; wir hätten nichts gegen einen höheren Zoll auf dieselben einzuwenden, vorausgesetzt, daß derselbe nicht auch den gröberen Garnen zu Gute kommt.

Es ist erfreulich zu bemerken, daß bisher die Regierungs-Commission im Zollcongresse im Stande gewesen ist, einen größtentheils maßgebenden Einfluß auf die Verhandlungen zu nehmen. Ihr ist es bisher gelungen, jenen Körper zu überzeugen, daß die Zollsätze nach den gründlichsten und umsichtigsten Untersuchungen festgestellt wurden.

Die Rechenschaft, welche die Herren Baumgartner, Hock und Kleyle von der Wirksamkeit der Regierungs-Commission abgelegt hat, ist eine durchaus befriedigende und Zutrauen einflößende gewesen. Sie haben bisher der schweren Aufgabe genügt, das Wahre vom Falschen zu sondern, und auf eine Masse von Zeugnissen gestützt, welche von den Vertretern der verschiedenen Interessen abgelegt worden, Meinungen zu begründen, die zur Feststellung des Tarif-Entwurfes geführt, und die in bei Weitem den meisten Fällen als unwiderlegbar gelten müssen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei den ferneren Verhandlungen das unparteiische und geläuterte Urtheil der Commission dieselbe Geltung

im Zollcongresse behaupten wird, wie dieses bisher der Fall gewesen.

* **Innsbruck.** Am 1. d. M. trafen die irdischen Ueberreste der bei Goito gefallenen drei Helden des tirol'schen Kaiser-Jägerregiments, Kneicz, Hofer und Gasteiger hier ein, deren Särge einstweilen in der Capelle des Landhauses deponirt wurden, von wo ihre Uebertragung in die Hofkirche am 20. d. M. Statt finden soll.

Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Die Verhandlungen zwischen dem dänischen und preussischen Cabinet, welche der Graf von Sponneck hier persönlich eingeleitet und geführt, haben gewissermaßen erst zu einer Uebersicht der großen, vielumfassenden Schwierigkeiten verholfen, welche noch in dieser Angelegenheit enthalten sind. An einen definitiven Abschluß dieser Verhandlungen ist vor der Hand natürlich kaum zu denken und man glaubt hier, daß Oesterreich und Preußen augenblicklich eine provisorische Feststellung vorziehen würden, während das dänische Cabinet auf einen positiven Abschluß über alle noch obschwebenden Streitpunkte zu dringen und zu diesem Zweck unter Uebereinstimmung der österreichischen und preussischen Regierung am liebsten mit einer Versammlung von Vertrauensmännern verhandeln zu wollen scheint. Von der Einberufung einer solchen Versammlung ist schon früher die Rede gewesen und würde dieselbe dann aus Dänemark, Holstein und Schleswig nur mit dem Unterschiede gewählt werden, daß die Vertreter Schleswigs in einer größeren und überwiegenden Anzahl vorhanden wären. Der Plan, welchen Se. Majestät der König von Dänemark dieser Versammlung zur Beschlußnahme vorzulegen beabsichtigt, ist in seinen Einzelheiten noch nicht näher bekannt geworden. Die Eröffnungen, welche Graf Sponneck hier machte, betrafen, wie wir glauben, nur die Präliminarien, die allerdings erledigt werden müssen, ehe jener Weg eingeschlagen werden könnte. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Ausdeutung des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846 und zugleich um die Anwendung der dänischen zu Recht bestehenden Reichsverfassung vom 5. Juni 1849. Die Vermittelung der durch diese beiderseitigen Stellungen bedingten Ansprüche scheint die Hauptabsicht der Unterhandlungen und Versuche, die Graf Sponneck hier unternommen, gewesen zu seyn und scheint der dänische Minister vornehmlich accentuirt zu haben, daß der deutsche Bund mit der Feststellung aller Schleswig betreffenden Verhältnisse nichts zu thun habe, daß jener Bundesbeschluß nur auf die innere Seite der holstein'schen Angelegenheit Anwendung erleide, und daß die dänische Reichsverfassung selbst jener engeren Verbindung Schleswigs mit Holstein entgegenstehe. Es sind dabei durchaus verschiedenartige und entgegengesetzte Auffassungen hervorgetreten, die im Einzelnen sich besonders auf zwei Punkten zuspitzen, nämlich: in der Regulirung der Gränzen zwischen den beiden Herzogthümern, wobei es sich vornehmlich auch um die Zugehörigkeit der Festungen Rendsburg und Friedrichsort zu Schleswig handeln würde, und dann: in den inneren politischen Beziehungen der beiden Herzogthümer zu einander.

Bietet die vollständige Erledigung der schleswig-holstein'schen Angelegenheit noch beträchtliche staatsrechtliche und diplomatische Schwierigkeiten dar, so hat hier in einem einflussreichen Kreise eine eigenthümliche Schwenkung in dieser Frage Statt gefunden.

Diese Schwenkung besteht darin, daß man überhaupt die Anwendbarkeit der damaligen bestehenden dänischen Reichsverfassung bestreiten oder sie vielmehr nicht als geeignetes Regulativ zur Ordnung der politischen Verhältnisse der Herzogthümer anerkannt sehen möchte, weil man in dieser Verfassung das demokratische Element incarnirt sehen will.

Man spricht hier wieder von verschiedenen einflussreichen Personenwechseln in der Diplomatie. Die Erkennung des Grafen Bernstorff in Wien durch den

Grafen Arnim, der im Jahre 1849 Minister der auswärtigen Angelegenheiten war, steht unter diesen neuen Combinationen oben an (W. Z.)

Schweiz.

Die „F. D. P. A. Z.“ meldet: Die radicale Partei im Canton Bern scheint entschlossen zu seyn, in keiner Weise eine Transaction mit ihren Gegnern eingehen zu wollen. Sie beginnt sich neu zu organisiren und entwickelt wieder eine große Thätigkeit, um einen neuen Kampf und, wie sie hofft, mit größerem Erfolge als bisher, mit dem jetzigen Regierungssystem zu wagen.

Der Organisationsplan ist folgender: In allen Amtsbezirken sollen Comités eingesetzt und in jeder, auch der kleinsten und entferntesten Gemeinde ein oder zwei Männer bezeichnet werden, welche den Auftrag erhalten, die Correspondenz mit dem Amtscomité zu führen und die liberalen Zeitungen selbst gratis zu verbreiten, Unterschriften zu sammeln, um auf diese Weise zu erfahren, wer sich noch zum Radicalismus bekenne und so die Stärke der Partei kennen zu lernen. Die Amtscomités correspondiren mit dem Centralcomité, welches alle Fäden des Kampfes in der Hand hat und das Ganze leitet. Durch Subscription wird Geld gesammelt und eine Cassé gegründet, um liberale Zeitungen, Flugschriften u. gratis im Volke zu vertheilen und die Pressprozesse zu bezahlen.

Italien.

* **Rom, 29. Jänner.** Die Staatsconsulta ist gebildet, Consolius zum Vice-Präsidenten derselben ernannt worden. Die Ernennungen der Delegation sind bevorstehend. Ein Edict des Cardinals Antonelli enthält specielle Bemerkungen über die Einrichtung der Municipalität der Stadt Rom. Graf Spaur, königlich bairischer Gesandter, ist hier eingetroffen.

* **Neapel, 28. Jänner.** Provenienzen aus Griechenland werden als vollkommen frei von der Quarantaine erklärt.

* **Turin, 1. Februar.** Die Debatte über das Budget des Justizministeriums ist mit einer Rede Savour's eröffnet worden, worin der savoyen'sche Richterstand gegen die Angriffe einiger Deputirten der Linken in Schutz genommen wurde. — Gestern ward die Dotation für den ersten Cassationshof von 22.000 auf 15.000 Lire reducirt. Heute ward die Generaldebatte geschlossen. Herr Farina stellte den Antrag auf eine Tagesordnung, worin das Vertrauen zu den Versprechungen des Ministeriums ausgesprochen wurde. Ungeachtet der Bemühungen der Linken sind die drei ersten Absätze des Gesekentwurfes votirt worden.

Frankreich.

— Am 30. October 1796 wurde Joseph Besurques wegen Raubmord hingerichtet. Kurz darauf erhielt man Beweise seiner Unschuld, welche trotz wiederholter Bemühungen seiner Familie noch nicht durch Urtheilsspruch wieder hergestellt worden ist. Eine solche Petition liegt neuerdings der Assemblée vor. Die Bittschriften-Commission schlägt vor: „Die Assemblée ernenne eine Commission von 15 Mitgliedern, welche den Prozeß des Joseph Besurques zu revidiren und zu berichten habe, auf welche Weise, wenn's thunlich ist, die Reparation geschehen könne.“

Den französischen Nachrichten vom 3. Februar zu Folge wurde an diesem Tage das Dotationsansuchen in der Legislative eingebracht. Es beträgt 1,800.000 Fr., hiemit 360.000 Fr. weniger als das vorjährige. Mit dem dem Präsidenten überhaupt zugewiesenen Einkommen von 1,200.000 Fr. beliese sich dadurch die Dotation für 1851 auf 3 Millionen Fr.

Die Vorlage des Ansuchens geschah mit einigen kurzen Zeilen des Finanzministers, Herrn von Germiny, welche sich auf die vorjährige Begründung bezog. Die Aufnahme in der Legislative war kalt. Man will berechnen, daß das Dotationsansuchen mit ungefähr 400 Stimmen verworfen werden dürfte. Das Elysée ist darauf gefaßt und soll die weiteren

Schritte bereits berathen haben. Die Legislative hat die Errichtung öffentlicher Bäder und Waschanstalten mit einer Majorität von 100 Stimmen genehmigt, wobei sich die neuerliche Coalition geltend machte.

Allem Anscheine nach wird die Legislative die Autorisation zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn de la Moskowa wegen einer im Elysée selbst Statt gehaltenen Beleidigung des Herrn Ramond de Croissete ertheilen. Bei den Wahlen in den Bureaux wurden von 15 Präsidenten und Secretären 10 der ersteren und 9 der letzteren aus der Coalition des 18. Jänner entnommen.

Großbritannien und Irland.

— Die antikatholische Agitation gewinnt immer mehr Bedeutung und man spricht ernstlich von einer Auflösung des Parlamentes, für den Fall, daß es die Politik der Minister in dieser Frage nicht gut heißen sollte.

— Nach dem „Morning-Advertiser“ ist die Stelle in der königlichen Thronrede zur Eröffnung des Parlamentes, welche sich auf die päpstlichen Einrichtungen bezieht, sehr kurz und enthält bloß zwei oder drei Sätze über den Entschluß: „Die königliche Suprematie gegen die fremde Usurpation aufrecht zu halten und die Staatsreligion zu vertheidigen.“

Portugal.

Die Regierung hat die Ausfuhr von Silber in Barren oder Münze verboten.

Niederlande.

— Einem Gerüchte zufolge beabsichtigt der Papst auch in Holland eine katholische Hierarchie einzuführen. Der Bischof v. Lüttich, Monsignor Van Bommel, soll zum Erzbischof von Amsterdam ernannt und mit der Organisation der Diöcesen betraut seyn.

Türkei.

Man schreibt von der bosnischen Gränze, 31. Jänner. Kavas Pascha hat, glaubwürdigen Nachrichten zufolge, Unterwerfungsvorschläge gemacht; der Seraskier will jedoch unbedingte Unterwerfung, wozu er acht Tage Bedenkzeit verspricht. Im beiziehenden Falle werden nur vier reguläre Tabor in die Herzogovina marschiren, im entgegengesetzten Falle aber würde der Seraskier mit dreizehn Tabor nebst 3000 Mann von Skanderbeg dahin aufbrechen, und zwar nach hergestellter Ruhe in Bosnien. Was Kavas Pascha beschlossen, ist noch nicht bekannt; indessen ging er mit 4000 Mann den Regierungstruppen entgegen und ließ eine Kanone nach Lipota übertragen.

Aus Caplina und andern Orten kommen noch immer Türken dem Kavas Pascha zu Hilfe.

Amerika.

— Die Provinz Yuktan hat sich von Mexiko losgerissen und für unabhängig erklärt.

Neues und Neuestes.

Telegraphische Depeschen.

— **Berlin, 6. Februar.** Erzherzog Leopold ist gestern eingetroffen; ihm zu Ehren ward heute eine glänzende Revue unter den Linden veranstaltet, welcher Se. Majestät der König beizuhnte. Auch Herr v. Profesch war zugegen.

— **Hamburg, 6. Februar.** Die gestern mitgetheilte Nachricht von der Besetzung Friedrichsort's durch die Dänen, wird von anderer Seite als verfrüht bezeichnet.

— **Paris, 5. Februar.** Die Dotations-Commission ist dem Projecte feindlich, 13 Stimmen gegen 2 haben sich für Ablehnung ausgesprochen. Einige wollen Vertagung der Dotation bis zur Bildung eines definitiven Ministeriums.

— **London, 4. Febr.** Die Thronrede spricht sich mäßig gegen die Katholiken aus. Das Ende des holstein'schen Krieges wird beglückwünscht. Der Bundestag werde hoffentlich die Unabhängigkeit der Einzelstaaten berücksichtigen.

Seit 50 Jahren hat dieses Buch in Frankreich alljährlich neue Auflagen erlebt. In Deutschland erscheint es hier zum ersten Mal. Inhaltsreicher ist es, denn es umfaßt die Gesamtheit von 20 ungeheuern Folianten. Kein Buch der Weltgeschichte hat so merkwürdige Schicksale erfahren als dieses, wiewohl es sich gar nicht mit Ansichten, sondern nur mit dem Glauben beschäftigt, mit dem Glauben an einen innersten, geistigen Zusammenhang der Bewohner aller verschiedenen Theile des Weltalls, an eine Welt hierarchie geistiger Geschöpfe; endlich an das Vorhandenseyn geheimnißvoller Kräfte und mystischer Gewalten. Die Kostbarkeit seiner Recepte bezeugt die Uneigennützigkeit seiner Herausgeber. Wir können nicht Alle nach Californien wandern; darum möge die Magie die Zurückbleibenden einen Theil seiner Schätze in das Haus zaubern.